



Susanne Mittag

Mitglied des Deutschen Bundestages

stellvertretende Vorsitzende
NSA-Untersuchungsausschuss

Stellungnahme von Susanne Mittag, MdB, zum Bundesverkehrswegeplan

Berlin, 16.03.2016

Susanne Mittag, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro. Jakob Kaiser Haus
Raum: 3.703
Telefon: +49 30 227-78171
Fax: +49 30 227-70173
Email : susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis-Büro:
Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
WK Fax: +49 4221 1521222
Susanne.mittag.ma03@bundestag.de

Nach 15 Jahren ist es wieder so weit: ein neuer Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wird veröffentlicht. Es handelt sich dabei um ein Rahmenprogramm und Planungsinstrument, er ist jedoch kein Finanzierungsplan oder -programm und hat keinen Gesetzescharakter. Zu diesem Plan der Bundesregierung für die Verkehrswege in Deutschland werden drei Ausbaugesetze, jeweils für Straße, Schiene und Wasserstraße vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

Der jetzt vorliegende Plan ist ein **Arbeitsentwurf des Verkehrsministers**. Der SPD-Bundestagsfraktion geht es dabei in erster Linie darum, dass die im Koalitionsvertrag festgelegten Rahmenbedingungen eingehalten und umgesetzt werden. Es war unser erklärtes Ziel aus dem „Wünsch-Dir-Was“ alter BVWPs ein Instrument zu machen, das klaren verkehrlichen Maßgaben folgt.

Dazu gehören: Vorrang für Erhalt vor Neu- und Ausbau, Priorisierung der Projekte unabhängig von Länderquoten nach überregionaler und regionaler Bedeutung, realistische Annahme des zu realisierenden Investitionsvolumens bis 2030. Es geht um neue Ehrlichkeit und Klarheit in der Planung der Bundesverkehrswege.



Darüber hinaus wird im neuen Bundesverkehrswegeplan eine neue Kategorie „Vordringlicher Bedarf Plus“ enthalten sein. Projekte, die in dieser Kategorie sind, haben neben einer hohen verkehrlichen Bedeutung auch die Eigenschaft einer schnellen Umsetzbarkeit, z.B. was Umweltbelange betrifft. Projekte aus dem „Vordringlichen Bedarf“ können also durchaus verkehrlich bedeutsamer sein als Projekte aus dem VB+. Wenn das so ist, haben diese auch gute Chancen im Rahmen des BVWP umgesetzt zu werden.

Im weiteren Verlauf ist eine sechswöchige Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben am BVWP mitzuwirken. Hier kann sich jeder zum Gesamtplan und zu den einzelnen Projekten einbringen. Das ist z.B. dann von Bedeutung, wenn möglicherweise Daten zu einzelnen Projekten nicht eingeflossen sein sollten, diese daher eine andere Einstufung erhalten als sie im Rahmen der Konzeption eigentlich haben müssten. Entsprechend bedeutet das für die Bürgerbeteiligung, dass es nicht darum geht, die meisten „Likes“ für ein Projekt zu sammeln, sondern die entsprechenden Zahlen und Daten zu prüfen, zu ergänzen und ggf. zu korrigieren.

Nach Einarbeitung der Vorschläge erfolgt zunächst die Ressortabstimmung. Die Kabinettsbefassung ist für den Sommer 2016 geplant. Das parlamentarische Verfahren zu den Ausbaugesetzen beginnt voraussichtlich Ende September. Unser Ziel ist es, Ende 2016 über die Endfassung der neuen Ausbaugesetze im Bundestag und Bundesrat endgültig abzustimmen.



Die Tatsache, dass erwartete Projekte, wie etwa die B 212-Abschnitt Harmenhausen - Landesgrenze Bremen und auch Ortsumfahrung Elsfleth nicht mit vordringlichem Bedarf auftauchen, ist noch kein Grund zur Panik. Für Elsfleth ist aufgelistet „Ohne Planungsbeginn“, für Harmenhausen Landesgrenze Bremen heißt es Planung nicht vollständig. Vordringliches Bedarfsgebiet ist jedoch erwartungsgemäß B 211 Ortsumgehung Mittelort/Brake, da bereits im Bau und ebenfalls B 212 Ortsumfahrung Berne.

Allerdings hätte ich mir mehr Unterstützung des zuständigen Staatssekretärs für die Region gewünscht, vor allem, wenn man sich vor Augen führt, welche Bedeutung das Vorhaben für die Region hat.

Gerade mit Blick auf die Bedeutung erhoffe ich mir auch eine starke Beteiligung von Vereinen und Verbänden bei der sechswöchigen offenen Debatte. Denn es ist ein Arbeitsplan und alles wird weiter verhandelt. Das parlamentarische Verfahren beginnt im Herbst, der Kabinettsentwurf wird für Ende September erwartet.

Der Link für das Bürgerbeteiligungsverfahren lautet ab Montag, 21.03.2016: www.bvwp2030.de